

Zeitschrift: Pionier: Organ der schweizerischen permanenten Schulausstellung in Bern
Herausgeber: Schweizerische Permanente Schulausstellung (Bern)
Band: 36 (1915)
Heft: 12

Artikel: Zum 5. März 1798 [Teil 9]
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-266413>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zum 5. März 1798.

II. Der Raubzug.

(Schluss.)

Schon 1800 kehrte das Berner Oberland der elenden Helvetik den Rücken und vereinigte sich wieder mit Bern, ebenso die Gemeinden am linken Saaneufer im Amt Laupen. Das Murtenbiet verlangte einstimmig wiederum Rückkehr zu Bern und mit ihm 17,000 Waadtländer! Es ist begreiflich, dass die helvetische Regierung diese Petitionen abwies. Aber unter solchen Umständen sah Napoleon den Augenblick voraus, wo in der Schweiz die Gegenrevolution ausbrach. Er zog deshalb noch rechtzeitig seine Truppen zurück, um sie zu andern Unternehmungen zu verwenden. Schon als sie in Lausanne und Moudon sich sammelten, schrieben die helvetischen Beamten an ihre Regierungen, die Waadtländer werden sich gegen sie erheben, wenn die Franzosen abmarschieren. Da erhoben sich die Waldstätte, der Aargau, der Kanton Bern und mit Stecken hat das entwaffnete Schweizervolk die helvetische Regierung verjagt. Diese hatte natürlich auch das Militärwesen gänzlich vernachlässigt, und es blieben ihr nur einige Hundert Waadtländer treu, die am Murtensee bei Pfauen ein kleines Gefecht lieferten und auseinanderstoben.

Auf der helvetischen Regierung lag der Fluch des Brudermörders Kain: „Unstät und flüchtig sollst du sein!“ Nach wenigen Monaten verliess sie ihre erste Hauptstadt Aarau, weil die Häuserbesitzer in Aarau den Mitgliedern zu hohe Mietzinse forderten, und Aarau sich weigerte, auf seine Kosten ein helvetisches Rathaus zu bauen! Sie zügelte nach Luzern, wo sie überwinterte, aber fühlte sich dort nicht sicher in der Nähe der Brandruinen von Nidwalden, und im Frühjahr flüchtete sie unter grosser Besorgnis, welchen Empfang man ihr bereiten werde, nach Bern, 1802 musste sie, durch den Stecklikrieg vertrieben, nach Lausanne fliehen, wo sie auch nicht sicher war und sich schon nach Frankreich einschiffen wollte, als General Rapp die Nachricht brachte, Napoleon werde vermitteln.

Die Helvetik ging mit 1802 zu Ende, aber der Raubzug gegen Bern noch nicht! Napoleon bestätigte die Wiedervereinigung des Kantons Oberland mit Bern, aber von der Rückgabe der Waadt und des Aargaus wollte er nichts hören.

„Geld oder Blut“ fordert der Räuber, die Franzosen forderten Geld und Blut, und hinter ihnen lauerten noch mehr als ein Dutzend

eidgenössische Bundesbrüder auf die Bärenknochen — *die Reste des bernischen Staatsschatzes und dessen Zinse und Zinseszinse*. Die Franzosen verlangten 1799 18,000 Mann Schweizertruppen, aber Napoleon steigerte sie 1804 auf 42,000 Mann durch den neuen Bund mit Frankreich. Die Schweiz erschien ihm als soldatenreiches Land unerschöpflich. Die Lust, dem Ehrgeiz des Kaisers als Kanonenfutter zu dienen, war aber gering. Auf den napoleonischen Schlachtfeldern von Spanien bis Moskau sind ungezählte Schweizer gefallen. Als die Geldforderungen Frankreichs abnahmen, steigerte es die Blutforderungen, und die Eidgenossen lauerten auf die Überreste des bernischen Staatsschatzes, wovon sie 1803 und 1815 durch die Mediation und die Wiener Kongressakte dem Kanton Bern noch einige Millionen *wegschnappen* konnten. Auffallend ist, wie parteiisch der Kanton Bern durch die Mediationsakte und den Wiener Vertrag von 1815 behandelt wurde.

Die *Mediationsakte* verpflichtete den Kanton Bern, mit den Kantonen Aargau und Waadt das Staatsvermögen zu teilen.

a) Aargau und Waadt behielten ohne Entschädigung alle bernischen Staatsdomänen, die auf ihrem Gebiet lagen.

b) Der Kanton Bern musste den Salzfonds, rund 1 Million Franken, mit Aargau und Waadt teilen.

c) Die helvetische Regierung verkaufte auf bernischem Gebiet für 1½ Millionen Staatsgüter, und Bern erhielt nichts zurück.

d) Die helvetische Regierung bezog von den ausländischen Wertschriften des bernischen Staatsschatzes Fr. 4,448,187.

Gesamtverlust am bernischen *Staatsvermögen*, nicht durch die Franzosen, sondern durch die Helvetik und Mediationsakte, rund 10 Millionen Franken.

Dagegen behielten alle andern Kantone ihre Staatsdomänen in den ehemaligen Untertanengebieten, was einzig für Zürich 1 Million Franken ausmachte. Dazu erhielt Zürich noch das reiche Kloster Rheinau mit Gütern im Gesamtwert von 3 Millionen Franken.

Der Wiener Kongress legte Zürich und Bern die Bezahlung des Restes der helvetischen Nationalschuld auf, Fr. 3,100,000 aus dem Rest der ausländischen Wertschriften, soweit diese hinreichten.

Bern leistete Fr. 1,767,079

Zudem wurde Bern verpflichtet, für das neue Ge-

biet im Jura die Schulden zu bezahlen „ 326,670

Fr. 2,093,749

Somit musste 1815 Bern noch die Schulden des Jura übernehmen, während gleichzeitig die andern Kantone für ihre ehemaligen gem. Herrschaften Fr. 500,000 Entschädigung erhielten. Bern musste an seine ehemaligen Untertanengebiete mehrere Millionen hergeben, dagegen den Jura *mit Schulden übernehmen*. Dieser neue helvetische *Saubannerzug* gegen Bern war ehrloser als der alte gegen Savoyen von 1477.

Dem Kanton Bern wurde von den ausländischen

Werttiteln gerettet	Fr. 5,177,700
Der Stadt Bern und den Spitälern	„ 2,437,000
	Fr. 7,614,700

Die alte 500jährige Eidgenossenschaft war gegründet auf *Wahrheit* und *Gerechtigkeit*, die „neue“ Helvetik auf *Lug, Trug und Raub* und war in vier Jahren abgewirtschaftet.

An Stelle des helvetischen Einheitsstaates traten 1802 19 Kantone, anstatt der 13örtigen Eidgenossenschaft vor 1798. Das ganze Schweizervolk atmete wieder auf; die Aristokraten traten wieder in die Regierung. Von helvetischer Freiheit und Gleichheit blieb nichts als die freie Niederlassung, aber auch die Vernichtung des Wohlstandes vieler tausend Familien, Verarmung von Kantonen und Gemeinden, Staatsschulden statt volle Staatskassen. Nur der Kanton Zürich mit damals 160,000 Einwohnern hatte 1798—99 einen *Kriegsschaden von mehr als 14 Millionen Franken*.

Das war die wunderbare Veränderung aller Dinge. Das waren die Früchte des grossen Verrates, den man nachträglich der Berner Regierung noch in die Schuhe schieben wollte! Die wirklichen Verräter unseres Vaterlandes, die bisher in der Geschichtsschreibung mit allzu grosser Schonung behandelt worden sind, abzudecken und zu kennzeichnen, bildet den Schluss unserer Aufgabe.

III. Die wirklichen Verräter.

Die Ursachen, welche in Frankreich die grosse Revolution heraufbeschworen haben: Grenzenlose Verschwendung am Königshof, beim Adel und den Bischöfen, rücksichtsloseste Ausbeutung des Volkes (81 % des Ernteertrags als Steuern) und Leibeigenschaft, bestanden in der Schweiz nicht. In unserm Lande war eine sorgfältige und sparsame Staatsverwaltung, und anstatt französische Schuldenwirtschaft und Staatsbankerotte besassen die Kantone

Staatsvermögen, Güter und Kapitalien. In der langen Friedenszeit wuchs der allgemeine Wohlstand. *Das Volk beehrte die Staatsumwälzung* nicht, das bezeugt auch General Brune vom Waadtlande, das doch am meisten aufgehetzt wurde (Correspondance du Général Brune, S. 177 und 257). Jahrelang vor dem Einbruch der Franzosen wurde das Volk von fremden Agenten durch falsche Vorspiegelungen, Lügen und Verleumdungen gegen die Regierung aufgehetzt und die bestehende Ordnung unterwühlt, z. B. wurde die Verleumdung gegen Schultheiss v. Steiger verbreitet, er beziehe von Österreich eine jährliche Pension von 3000 Gulden. Joh. v. Müller, damals kaiserlicher Hofrat in Wien, schrieb seinem Bruder in Schaffhausen, er habe das nie geglaubt, und es sei auch nicht wahr, er als Hofrat könne es wissen und bezeugen¹⁾. Solche Verleumdungen waren darauf berechnet, bei den Eidgenossen den Neid aufzustacheln. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, zeigt auch die Antwort von Glarus an die eidgenössische Tagsatzung, 9. Januar 1798: „Wir können Euch unmöglich (ver)bergen, dass uns der Vorschlag des Congresses zu Aarau ganz unerwartet war. Wir sehen nicht, was die eigentlichen Bewegungsursachen desselben sein möchten. Just in sorgfältiger Berherzigung der gegenwärtigen Lage scheint uns die Bundesbeschwörung unnötig zu sein.“

„Von Aussen kennen wir keine bösen Absichten, im Gegenteil von der Republik Frankreich selbst die *unaufhörlichsten freudigsten Versicherungen und Beweise zu wechselseitiger Unterhaltung bester Wohlverständnis und Freundschaft.*“ (Fr. v. Wyss, Leben der beiden Bürgermeister David v. Wyss I, 201.) Im Schweizerklub in Paris war auch nicht ein einziger Berner oder Waadtländer, bis im September 1797 Laharpe als Mitglied eintrat, damit er seine lügenhafte Unterschiebung in den Vertrag von Lausanne von 1564 benützen könne, um die Intervention der französischen Regierung anzurufen. Dies muss gegen die oberflächlichen schweizerischen Geschichtsschreiber, welche behaupten, ausgewiesene Waadtländer und Berner haben die französische Regierung angerufen, hiermit *genau* festgestellt werden.

Schon in der Reformation hatten die Wiedertäufer in den Kantonen Zürich und Bern Unruhen hervorgerufen, indem sie dem Volke die Abschaffung der Steuern vorspiegelten. Diesmal wirkte dieses demagogische Mittel um so mehr, weil die französische Re-

¹⁾ Joh. v. Müllers Briefe, Bd. VI, S. 231.

gierung sich in die schweizerischen Angelegenheiten mischte und die Volksverführer unterstützte. Das Geschrei über Verrat bei den bernischen Truppen entstand auch erst beim Rückzug. Ein Augenzeuge, Maler König von Bern, Artilleriehauptmann im Gefecht von Lengnau am 2. März, bezeugt in seiner Erzählung des Gefechts, dass die Franzosen die Berner in der Nacht auf beiden Flügeln umgangen haben und dass die Berner, die im ersten Schrecken über den nächtlichen Überfall flohen, zuerst „Verrat“ gerufen haben. „Verrat“ riefen die Berner Truppen auch beim Rückzug von Murten. Dort wollten sie eine Schlacht liefern, aber nach der Übergabe von Freiburg war auch Murten umgangen. Der Rückzug hinter Saane und Sense war eine Notwendigkeit. Berner Artilleristen erzählen, sie haben Repssamen erhalten, anstatt Schiesspulver, darum das Lied:

„Und sie gaben uns schlechte Munition,
Dass wir mussten laufen davon.“

Das mag ausnahmsweise vorgekommen sein, jedenfalls bei Neuenegg nicht, wo die Artillerie mit grossem Erfolg mitwirkte. Herr Grossrat Marschall von Neuenegg vernahm von seinem Grossvater folgenden Aufschluss. „Bis 1798 erhielten die Schützen auf dem Lande die sogenannte Notmunition, ein Zwiłhsäcklein voll Schiesspulver. Aber dieses wurde von den Bauern hie und da zum Stocksprengen verwendet. Sie öffneten am Zwiłhsäcklein die Naht, nahmen das Schiesspulver. Aber nach dem Austritt aus dem Militärdienst sollten sie die Notmunition abgeben. Es kam aber vor, dass sie das Säcklein mit Repssamen füllten und wieder zunähten. Das Zeughauspersonal bemerkte den Betrug nicht, weil das schwarze Schiesspulver dem Repssamen ähnlich ist.“ An diesem Betrug war die Regierung jedenfalls nicht schuld. Wenn aber jemand verdächtig sein konnte, so war es nicht die Kriegspartei im bernischen Rat, sondern der Führer der Friedenspartei, der Säckelmeister Frisching. Ohne es zu wollen, widerlegt *das französische Direktorium* auch diesen Verdacht. Durch die helvetische Konstitution wurden alle Mitglieder der alten Regierungen aus den helvetischen Behörden ausgeschlossen. Frisching war Mitglied der provisorischen Regierung in Bern. Schon den 16. März gab aber das Direktorium dem General Brune den Befehl, den Professor Tschanner, den Säckelmeister Frisching und den Major Muralt, wenn nötig mit Waffengewalt, aus der Regierung auszuschliessen; ebenso wurden die aargauischen Mitglieder aus der Regierung in Bern vertrieben (*Correspondance du général Brune*, S. 85 und 86). Dagegen verwendete sich General Brune mit

Erfolg für zwei Freiburger Aristokraten, dass sie in der Regierung bleiben dürfen wegen *geleisteter Dienste!* Ebenso wünschte Brune einige Stadtzürcher, die sich um die Invasion *verdient gemacht hatten*, in die neue Regierung; aber diese schlugen die Wahl aus, weil die Dinge schon eine böse Wendung genommen hatten. Schade, dass hier die Namen fehlen! Dass in der bernischen Regierung keine Verräter waren, geht hieraus klar hervor; sie sind in den andern Kantonen zu suchen und zu finden!

Vor allem verweisen wir auf die Tatsache, dass am 5. März 1798 die 1200 Mann Zürcher Hülfsstruppen bei Friesenberg standen. General v. Erlach stellte ihnen frei, in Aarberg, Büren, Fraubrunnen an dem Kampfe teilzunehmen. Sie blieben trotzdem in Friesenberg und kegelten, während der Kanonendonner von Neuenegg, Laupen, Gümmenen, St. Niklaus, Büren, Fraubrunnen und Grauholz an ihr Ohr schlug! Desgleichen verliessen die Waldstätte Münchenbuchsee und zogen sich nach Worb zurück und kegelten. Wären diese eidgenössischen „Hülfsvölker“ den Franzosen noch im Grauholz rechts und links in die Flanke gefallen, dieses Gefecht hätte einen andern Ausgang genommen. Aber Schauenburg fühlte sich sicher vor solchen Flankenangriffen! Offenbar handelten diese sogenannten Hülfsstruppen nach ihren Instruktionen, die aber nicht mehr vorliegen! Solche Neutralität ist doch offenkundiger Verrat, sie liessen die im Kampfe stehenden Berner im Stich und *verkegelten* am 5. März *ihre Ehre und ihre Heimat!*

In der Revue historique Vaudoise, Jahrgang 1897, S. 183, sind mehrere Berichte französischer Spione veröffentlicht. Einer dieser Berichte, datiert Moudon, 8. März 1795, erzählt, dass man sich im Waadtlande darüber aufhalte, „Zürich bestrebe sich, die kleinen Kantone auf seine Seite zu bringen, Zürich ist ihr Ratgeber und ihre Stütze und sucht Bern zu isolieren“. Basel und Schaffhausen, deren Grenzen Bern so oft verteidigt hatte, blieben zu Hause, ebenso St. Gallen und Appenzell.

Dieses Verhalten der Eidgenossen war ganz zugunsten Frankreichs und bestätigt die Aussage von Dr. Strickler, *dass durch die geheime Vermittlung von P. Ochs in Basel Frankreich zehn Kantone das Versprechen gegeben hat, sie nicht anzugreifen, und diese ihrerseits versprochen, Bern nicht zu verteidigen. Durch diese geheime Abmachung war Bern verkauft und verloren, lange vor dem französischen Angriff. Die zehn Kantone haben Wort gehalten, aber die Franzosen nicht.*

Wir werden nicht irre gehen, wenn wir P. Ochs als den Hauptverräter und Haupthetzer gegen Bern bezeichnen. Seine Vorfahren stammten aus Freudenstadt in Württemberg und liessen sich 1643 während des 30jährigen Krieges in Basel in das Bürgerrecht aufnehmen, suchten und fanden also Schutz in der Schweiz.

Albrecht Ochs, der Vater des P. Ochs, kam als Handelslehrling nach Hamburg und heiratete die reiche Erbtöchter des französischen Handelsmannes His. P. Ochs ist also mütterlicherseits französischer Abstammung und besass in Frankreich reiche und hervorragende Verwandte und Bekannte. Dumouriez, der später Revolutionsgeneral wurde, war sein Jugendfreund. Ums Jahr 1780 zog der Vater Albrecht Ochs mit seiner Familie und seinem Handelshaus nach Basel und kaufte hier das schönste Haus, den Lothringerhof, und übergab das Geschäft seinem Sohne. Aber schon nach zwei Jahren war diesem die Arbeit erleidet, und er verkaufte es gegen den Willen seines Vaters und gegen den Rat seines Freundes Dumouriez, um sich ganz den öffentlichen Geschäften zu widmen, übte eine grossartige Gastfreundschaft, das „Zaubermittel aller Demagogen“. Sein Vermögen aber legte er nach des Vaters Tode in die Bergwerke seines Schwagers von Dietrich im Unter-Elsass an. *Dies wurde ihm zum Verhängnis.* Dietrichs Vermögen wurde 1792 von der Revolutionsregierung sequestriert, und 1793 wurde Dietrich in Paris unschuldig hingerichtet. Bei den Friedensschlüssen in Basel zwischen Frankreich und Preussen und zwischen Frankreich und Spanien spielte P. Ochs eine wichtige Vermittlerrolle und wurde reichlich beschenkt. In Basel war P. Ochs wegen seines fremden und hochmütigen Auftretens wenig beliebt. Da er sich aber durch diese Vermittlungen und durch seine Beziehungen mit einflussreichen Staatsmännern in Paris einen politischen Ruf erworben hatte; sandte der Rat von Basel ihn auch in wichtiger Mission an die französische Regierung. Die Stadt Basel hatte an Frankreich über sieben Millionen Franken zu fordern und sich über Grenz- und Zollplackereien zu beklagen. Die französische Regierung machte dem Basler Gesandten P. Ochs die schönsten Versprechungen und Komplimente, schenkte ihm ein Porzellanservice, lobte ihn, aber zahlte die Schulden nicht, er erhielt auch sein Vermögen nicht zurück. Da wurde 1795 der Advokat Reubel von Colmar in das französische Direktorium gewählt. Vielleicht konnte und wollte dieser dem P. Ochs wieder zu seinem Kapital verhelfen. P. Ochs war in Basel Zunftmeister und Oberzunftmeister geworden und hatte bei der Besetzung von Basel durch die

Eidgenossen Gelegenheit, sich mit den eidgenössischen Repräsentanten bekannt zu machen. Der Geschichtsschreiber Joh. v. Müller gehörte auch zu seinen Freunden. P. Ochs wurde in die Pläne der französischen Regierung eingeweiht und vernahm durch Joh. v. Müller was im andern politischen Lager vorging, und Ochs weihte auch diesen ein in seine politischen Geheimnisse. Denn v. Müller schrieb 1797 den 7. November an seinen Bruder: „Bern habe ich mit einer schmerzlichen Empfindung, dass ich die Republik wohl nie, *so wie sie ist, wiedersehen werde*, verlassen.“ (Joh. v. Müllers sämtliche Werke, Bd. VI, S. 143.) Ochs war auch Geschichtsschreiber und hat ein achtbändiges Werk: Geschichte der Stadt und Landschaft Basel, hinterlassen. Obschon er im VIII. Band auffallend verschwiegen ist über seine politischen Beziehungen mit Frankreich, erzählt er seine Konferenz mit Bonaparte und Reubel in Paris ziemlich ausführlich. Diese Konferenz war den 8. Dezember 1797. Bonaparte fragte P. Ochs: „Könnten die Patrioten in der Schweiz nicht eine Revolution unternehmen?“ Ochs antwortete: „Nein, die Patrioten würden nichts ausrichten wegen der Überwachung durch die Landvögte und wegen der Folter.“ (Ochs musste wissen, dass im Kanton Bern die Folter abgeschafft war.) Aber Bonaparte drängte und forderte eine baldige Revolution. Jetzt rückte Ochs mit der Sprache heraus: „*Wenn sie gemacht werden soll, so geschehe es nicht durch das Volk, sondern durch die Herren* (les premières classes), er versprach auch, Laharpe zu unterstützen, Bonaparte und Reubel waren damit zufrieden. (P. Ochs, Geschichte der Stadt und Landschaft Basel, Bd. VIII, S. 253.) Man merkt, Ochs war seiner Sache und des einzuschlagenden Weges sicher und hatte nach dieser Richtung die Vorarbeit getroffen. Er wusste, dass das Volk keine Revolution unternehmen würde, aber die Herren (les premières classes) ihm helfen. P. Ochs blieb nun als *Ratgeber* des französischen Direktoriums in Paris bis anfangs März 1798 und leitete von hier aus die Umwälzung der Schweiz. Wie er selber sagt, handelte er im *Auftrag* Bonapartes und Reubels, er war mit ihnen ein Herz und eine Seele. Auch hat er ihnen Wort gehalten und mit den premières classes, d. h. mit zehn Regierungen der Schweiz, den Untergang des alten Bern und der alten Eidgenossenschaft bewirkt. Dieser Plan war also schon fertig. Wie weit er zurückgeht, ist schwer, mit Bestimmtheit herauszubringen, weil er ganz geheim gehalten wurde und P. Ochs seine Korrespondenz uns unzugänglich machte, indem er sie selber 1814 nach Petersburg verkaufte. Dieser Plan tritt aber schon in dem

tableau politique et commercial von A. Herculais vom 16. Oktober 1794 mit solcher Bestimmtheit auf, dass die Anfänge schon in das Jahr 1792 zurückgehen können, wo die französische Regierung auf das Vermögen v. Dietrichs und P. Ochs' im Unter-Elsass das Sequester legte. Damals war sein Freund Dumouriez französischer Minister des Äussern, bei dem er sich um Aufhebung des Sequesters verwendete, leider ohne Erfolg. Wenn er sich aber in den Dienst Frankreichs begab und den Franzosen die Schweiz ins Garn jagte, konnte er auf Zurückerstattung seiner Kapitalien *hoffen*! In dem oben genannten „tableau politique“ steht schon, die andern Kantone, protestantische und katholische, würden ohne Sorgen zusehen, wenn man ihr stolzes Bern demütigte! Somit würden auch Basel und Zürich *zusehen*! Ist auch eingetroffen. Im geheimen Plane des P. Ochs werden folgende Punkte aufgenommen worden sein:

1. Teilung des Kantons Bern in drei Teile: Waadt, Bern, Aargau.
2. Teilung des bernischen Staatsschatzes unter alle Kantone (Nationalisierung!). Für diese zwei Punkte waren ohne weiteres alle Kantone ausser Bern zu haben.
3. Verwandlung der Gemeinen Herrschaften in Kantone mit einer Geldentschädigung an die bisher regierenden Orte. Die Einnahmen aus den Untertanengebieten waren so gering, dass die Regierungen zu dieser Veränderung leicht zu gewinnen waren.
4. Die kleinen Kantone als „Musterdemokratien“ bleiben unverändert.

Nach dem Frieden von Campo-Formio kam als neuer Punkt hinzu: Vergrösserung des Kantons Basel durch Annexion des österreichischen Rheinfeldens, Laufenburg und Frickthal.

5. Basel als Hauptstadt der Schweiz und P. Ochs als Mitglied der schweizerischen Zentralregierung.
6. Damit er um so willkürlicher regieren könne, Ausschluss der Mitglieder aller alten Regierungen aus der helvetischen.

So hatte dieses „Mädchen aus der Fremde für jeden eine Gabe, und jeder ging beschenkt nach Haus“, ausgenommen Bern, vor dem das Geheimnis gewahrt wurde.

Schon im Mai 1792 begann Frankreich mit der Verwirklichung des Planes, indem der Generalleutnant Custine die beiden Jura-pässe von Goumois und St. Ursanne und den nördlichen Teil des Bistums Basel besetzte mit der *Versicherung an die Eidgenossen, dass keine feindliche Absicht bestehe*. Auch versicherte der fran-

zösische Gesandte der eidgenössischen Tagsatzung in Frauenfeld „*que le Peuple français a juré de renoncer à jamais à toute conquête*“, „das französische Volk hat geschworen, für immer auf jede Eroberung zu verzichten“, alles mit den schmeichelhaftesten Komplimenten und unter Zusicherung der grössten Achtung vor der schweizerischen *Neutralität*. (Eidgenössische Abschiede 1778—1798, S. 168 und 169.) Trotz der schönen Versprechungen wurden die Grenzkantone Bern, Solothurn und Basel unruhig und verlangten eidgenössische Hülfe. Die Eidgenossen besetzten Basel. Bern merkte schon die Gefahr und befasste sich mit dem Gedanken an ein Bündnis mit Österreich. Im Dezember 1797 besetzten die Franzosen das ganze Bistum Basel mit Biel, so dass die französische Armee nur noch fünf Stunden von Bern entfernt war; darüber äusserte P. Ochs in einem Briefe an Bonaparte eine unbändige Freude. Bern erkannte die Grösse der Gefahr, verlangte eine ausserordentliche Tagsatzung und eidgenössische Besetzung der Grenzen. Die Bundespflicht war nicht mehr wegzuleugnen, weil Biel ein zugewandter Ort der Eidgenossenschaft war. Trotzdem wurde Bern abgewiesen und nur eine eidgenössische Militärkommission nach Bern abgeordnet. Diese Kommission war ein neues Unglück, sie befolgte die gleiche Methode, *immer leere Versprechungen*, um einen rechtzeitigen, tatkräftigen Widerstand Berns zu verhüten und der richtige Moment verpasst werde. Unterdessen war die Tagsatzung in Aarau noch immer versammelt, und anstatt gegen die Franzosen, die schon mit einer Armee in Biel, mit der andern bei Genf standen, anzugreifen, leistete sie den 25. Januar 1798 einen feierlichen Bundesschwur, um die innere Zwietracht zu verdecken und Bern zu täuschen. Den 28. Januar war die französische Armee in Lausanne. Der Eid in Aarau lautete folgendermassen: „Wir die Abgeordneten der eidgenössischen Orte verpflichten uns im Namen unserer allseitigen Hoheiten, alle Bünde, die bei der Gründung unserer Freiheit und nachher zwischen den eidgenössischen Ständen und Orten geschlossen worden sind, fest, *unverbrüchlich* und *stets zu halten* und uns bei unsern Bünden und unserer Verfassung, je ein jeder Staat nach seinen besonders eingegangenen Verpflichtungen zu handhaben und zu schützen.“ Und alle, ausser Basel, schwuren, dies zu halten und zu tun, so wahr sie wollten, dass Gott ihnen helfe. Sie umarmten sich zärtlich und brüderlich. (Eidgenössische Abschiede, S. 694.) Trotz dem feierlichen Eid stob die Tagsatzung auseinander, als der französische Geschäftsträger Mengaud sie benachrichtigte, dass

die *französische Regierung jeden Einwohner und jede Gemeinde der Schweiz, welche sich weigern, die Waffen wider Frankreich zu ergreifen, in Schutz nehme*. Die Tagsatzung behandelte dieses Traktandum nicht mehr, weil sie wusste, dass diese Massregel gegen Bern gerichtet war. In protestantischen und katholischen Herzen der Tagherren erklang auf dem Heimwege das schöne Lied: „Verschone uns're Häuser, zünd' lieber and're an!“ Die Zusendung einiger Hülfsstruppen, welche in der Gefahr und Not das kämpfende Bern im Stich liessen, war nur die Fortsetzung des Blendwerks, geeignet, das bernische Heer zu lähmen, Verwirrung anzurichten und Misstrauen gegen die eigene Regierung zu pflanzen.

Als Bern den 5. März dem übermächtigen Feind erlegen und keine Lebensgefahr mehr vorhanden, erschien in Bern P. Ochs. Vom 6. März an präsiidierte P. Ochs in Aarau ein *Comité du salut public*, und die Nachrichten aus Bern gefielen ihm nicht. General Brune berichtet über den Besuch des P. Ochs bei ihm an das Direktorium in Paris unterm 21. März: Herr Ochs hat bei mir eine Schlaueit entwickelt, die an Falschheit grenzt. Nachdem er alle meine Beweggründe, die Ausführung seines Planes um einige Tage zu verschieben, lebhaft begrüsst und mir kaum den Rücken gekehrt hatte, verfocht er mit solcher Hitze die Vereinigung (der Schweiz), dass er mir das Verdienst raubte, es selber zu tun. *Er reist, als Präsident der Schweiz*, nicht nur als Präsident des Kantons Basel, sein Wagen ist dekoriert mit zwei Fahnen, die eine grün (Waadt), die andere rot-weiss-schwarz, eine zahlreiche Bedeckung (escorte) begleitet ihn. Um meinen Bericht über Ochs zu beendigen, sage ich nur noch, dass er mir fast einen Skandal bereitet hat über die Entstehung seines Verfassungsprojektes (Correspondance du général Brune, S. 401). So fuhr „der Präsident der Schweiz“ in offenem Wagen mit Gefolge durch die eroberte Stadt, um sich den Bernern zu zeigen, und stellte den Unterkiefer auf, als ob er sagen wollte: „Bin ich nicht der schöne Ochs? Bin ich nicht der grosse Ochs? Derjenige, welcher... Denn ich bin klug und weise und mich betrügt man nicht.“ Die Besorgnis um das Schicksal des Staatsschatzes hatte ihn nach Bern getrieben. Es waren ungünstige Nachrichten nach Aarau gelangt. War es nicht Pflicht und Schuldigkeit der Franzosen, ihm für den Verlust des Vermögens aus dem bernischen Staatsschatz eine Entschädigung zu verabfolgen? Aber Brune war ein Geizhals und entführte aus dem Schatzgewölbe so viel Silber und Gold für sich, dass vor dem obern Tore eine

Wagenachse brach an der Kutsche, die er dem Schultheiss Steiger gestohlen hatte. Zwanzig Waadtländer hatten unter Anführung des „Châtelain“ Junod sechs Wochen lang vor dem 5. März alle Staatskassen in Bern aufgesucht und auch darüber zu wachen, wohin das Geld geflüchtet würde. Als Junod von General Brune für die geleisteten Dienste die Belohnung verlangte, gab ihm der General Fr. 500. Junod wollte Vorstellungen erheben, es sei viel zu wenig für 21 Mann in sechs Wochen! Aber er erhielt die Antwort, solche Leute verdienen eigentlich den Strick um den Hals. Junod machte sich nun mit dem Geld davon, ohne seine „Genossen“ zu bezahlen. Diese erhoben nun ein fürchterliches Geschrei über den ungetreuen Führer, bis die Berner, um sie loszuwerden, jedem Reisgeld gaben.

Dem P. Ochs und dem Comité du salut public in Aarau gingen bald unangenehmere überraschende Nachrichten ein, nämlich den 26. März, das Direktorium habe einen Kriegskommissär für die Schweiz ernannt, der bernische Staatsschatz werde nach Frankreich transportiert, und die Regierungen von Zürich, Bern, Luzern, Freiburg und Solothurn müssen 15 Millionen und drei katholische Stiftungen eine Million Kontribution bezahlen zum Unterhalt der französischen Armee! Auch müsse die helvetische Konstitution unverändert angenommen werden. P. Ochs missbilligt auf S. 353 seiner Geschichte von Basel diese Beschlüsse und nennt sie unpolitisch und ungerecht. Welche Enttäuschung für die Kantone, welche Bern den Franzosen ans Messer lieferten, in der Hoffnung auf den bernischen Staatsschatz! Auch das Ansehen des P. Ochs wurde schwer geschädigt. Er hoffte, als der erste in das helvetische Direktorium einzutreten, wurde aber *bei der Wahl übergangen*. Da befahl das Direktorium in Paris, dass Bay von Bern und Pfyffer von Luzern dem P. Ochs und Laharpe Platz machen. Jetzt waren im helvetischen Direktorium von fünf Mitgliedern zwei Basler und zwei Waadtländer, kein Zürcher, kein Berner und kein Luzerner, aber alles Leute, die nach der französischen Pfeife tanzten, sogar um die Wette krochen! Aber im Wettkriechen übertraf P. Ochs alle; er wurde sogar der Verräter des Direktoriums. Seine Kollegen widersetzten sich dem Offensivbündnis mit Frankreich, weil es gegen die Neutralität war und die Schweiz der Gefahr aussetzte, europäischer Kriegsschauplatz zu werden.

Ochs schrieb an den Direktor Reubel in Paris, das französische Direktorium solle auf dem Offensivbündnis *bestehen*, er werde es im helvetischen Direktorium auch *durchsetzen*. Diesen Brief liess

er von seinem Kollegen Oberlin mitunterzeichnen. Und Ochs setzte es durch. Nun geschah, was die andern Mitglieder vorausgesehen hatten, im folgenden Jahre brachen die Österreicher, Russen und Franzosen in die Schweiz ein. Frankreich forderte vom helvetischen Direktorium 18,000 Mann Hülfsstruppen. Der helvetische Gesandte in Paris, Rudolf Emanuel Haller, schrieb an Bégos, den helvetischen Minister des Auswärtigen, die helvetische Regierung soll diese neue Forderung auf die lange Bank schieben, weil Frankreich von allen seinen Zusicherungen keine einzige gehalten habe. Dieser vertrauliche Brief wurde dem helvetischen Direktorium mitgeteilt. Noch am gleichen Abend verriet P. Ochs das Schreiben dem französischen Gesandten. Ochs wurde in der nächsten Sitzung darüber zur Rechenschaft gezogen. Er musste diese Fehler bekennen. Seine Kollegen erhoben gegen ihn den Vorwurf, dass er 1. die Interessen der helvetischen Republik gefährde, 2. dass er seine Kollegen bei der französischen Regierung in ein schiefes Licht stellte. Diese Verhandlung wurde in ein geheimes Protokoll geschrieben und unterzeichnet. (Strickler, Bd. III, S. 684.)

Das Offensivbündnis mit Frankreich wurde abgeschlossen gegen Laharpes Überzeugung, aber er befürchtete nicht ohne Grund, dass P. Ochs beim Wettkriechen vor der französischen Regierung ihm zuvorkommen könnte. Für die unheilvollen Folgen dieses Bundes mit Frankreich ist somit P. Ochs in erster Linie verantwortlich. Welche unerhörten Leiden das Schweizervolk nun 1799 neuerdings zu ertragen hatte, geht aus folgenden Berichten hervor:

„6. Juni 1799. Bericht des Unterstatthalters Stuber in Burgdorf an die Regierung: Französische Soldaten verübten in Gomerdingen bei Burgdorf einen mutwilligen Mord an U. Hügli von Lützelflüh.“

„8. Juni. Das Direktorium an den Oberkommissär Faviers: Wir vernehmen täglich Missbräuche und Ausschreitungen, welche von der Militärverwaltung begangen werden, die beständigen Requisitionen von Lebensmitteln werden immer mit der Zusicherung auf Bezahlung durchgeführt, aber dieses Versprechen wird nie gehalten, trotz allen Reklamationen bei den Generalen und Kommissären. Letzthin forderte der General Rheinwald von der Gemeinde Schwyz täglich 2700 Rationen Fleisch für seine Truppen, und es ist dieser Gemeinde absolut unmöglich, dies zu liefern. Wir wenden uns an Sie, solche Missbräuche abzustellen etc.“

„9. Juni, Baden. Statthalter Weber an das Directorium. 1. Am 1. d. habe er von dem Kriegsminister den Auftrag erhalten, in Mel-

lingen und Baden je eine ‚reitende Correspondenz‘ von 3 Mann zu errichten und für deren Quartier etc. zu sorgen. Die helvet. Jäger habe er indessen umsonst erwartet und, da er vermuthet, dass es der Regierung wenig daran liege, Nachrichten von hier aus zu erhalten, sich bemüht, den G. Massena und die Regierungscommissäre aufzufinden, um etwas für die Erleichterung des Landes zu erwirken, aber alles umsonst. Niedergeschlagen nach Hause zurückgekehrt, habe er den Befehl vorgefunden, täglich zweimal über die (neuen) Vorfälle Bericht zu geben. Dies werde er thun, sobald die Correspondenz eingerichtet sei; aber hier finde er niemanden, der, selbst mit Gold bezahlt, sich zur Vertragung von Depeschen brauchen ließe, da Menschen und Vieh von den französischen Behörden in Anspruch genommen seien. 2. ‚Was die Ereignisse des Tages anbetr(iff)t, so kann ich Ihnen kürzlich (!) ein schreckliches, aber wahres Gemälde entwerfen. Schwarze rachevolle Verwünschungen gegen die Franken, Aeüßerungen voll Bitterkeit über Helvetiens Regierung, übertriebene Forderungen der commandirenden Generale, Verheerungen, Plünderungen und Raub der Soldaten, zu welchen Schritten sie durch die Schelmereien der Commissarien und ihrer Untergeordneten gezwungen werden: das ist mein täglicher Anblick, das ist meine Nahrung, die ich aus dem giftigen Kelch dieser unglücklichen Gegend stündlich einsauge, und wollen Sie Belege dessen was ich sage, so lege ich sie Ihnen nicht schriftlich dar, sondern ich bringe sie Ihnen in jammernder Menschengestalt zu hunderten vor Augen, bei deren Anblick und Thränen Sie schauern würden; aber jetzt ist Hülfe zu spät.‘ 3. Dankbare Annahme der Entlassung; der einzige Vorschlag zum Nachfolger könnte auf UStatthalter Bühler in Rappersweil fallen . . . ‚Uebrigens . . . kränkt es mich unendlich, in diesem Augenblick, (von) zusammentreffenden Umständen genöthigt, meine Stelle verlassen zu müssen. Gerne würde ich da an der Spitze verzweiflungsvoller Männer, weinender Mütter und ausgehungerten Kinder mein Schicksal erwartet und durch den Einmarsch der österreichischen Heere ein Opfer der Zeit und der Umständen geworden sein; allein ich werde als Privatmann erwarten müssen, was ferner das Schicksal über mich beschließt; mein Trost aber wird immer sein, dass ich nur für das Wohl meines Vaterlands und meiner Mitbürger gearbeitet, für die ich von jeher alles aufzuopfern bereit war‘ . . .“

„12. Juni, Hermetschwyl. C. Vonderflüe an das Directorium: ‚Die gestern Vor und Nachmittags mit G. Massena gehabte Unterredung ist

aber viel zu wichtig, als dass ich selbe Ihnen nicht mit einiger Ausdehnung mittheilen sollte. Es scheint mir... dass entweder der General en chef unsere Volksstimmung misskennt oder zu viel auf die Hülfsmittel unserer Regierung rechnet. Er spricht von *levée en masse* und macht uns Vorwürfe, dass er die wenigen Schweizertruppen unterhalten muß, vergisst (aber) zugleich, dass unser armes Volk mehr als die Hälfte seiner Armee ernährt; er spricht von reichen Geldquellen in den großen Städten Bern, Basel, Fribourg, Soleure, Lausanne und vergisst sicher, dass auch in diesen mit Contributionen, mit Einquartierungen, mit Auflagen, Abgaben, mit der gänzlichen Stockung der Handelschaft dieselben erschöpft sind. Der General scheint (also) gar zu viel auf unsere Hülfe und Mitwirkung zu rechnen, für (um!) unsere Republik vor feindlichem Einfall zu schützen, und da muß ich es freimüthig bekennen, sehe ich (!) wenig Hoffnung zur Rettung übrig. Die Volksstimmung wird von Tag zu Tag bedenklicher, ja gefährlicher; die Misshandlungen durch Soldaten in Dörfern und sonderbar (in) entfernten Häusern, ihre Plünderungen, ihre Forderungen, mit Gewaltthätigkeiten begleitet, bringen dieselbe(n) zur Verzweiflung, zur Rache und vielleicht über kurzem zu gänzlicher Empörung. Es ist keine Schonung mehr für Wiesen, Kleefelder und Saaten, keine Sicherheit für Eigenthum in Häusern und Ställen; ich übertreibe nicht, ich sage die Wahrheit. Kuhn, Herzog und ich haben es dem General gesagt, der aber nur im Großen sieht, sich zu keinen Details von dieser Art herablassen will und alles dies, was Mangel an Disciplin, Ordnung und Organisation ist, als eine traurige Folge des Kriegs betrachtet. Er befahl zwar gestern dem Chef de l'Etat major, an die Ordre du jour zu setzen, dass er künftighin alle Excesse auf das strengste bestrafen werde; aber die Folge ähnlicher früherer Befehle lässt mich wenig Wirkung hoffen; dann Offiziers und Soldaten scheinen mir einmal überzeugt, dass sie sich über kurzem hinter die Aare zurückziehen werden, und dass es nothwendig (sei), in Freundesland alle Vorräthe aufzuzehren, damit der Feind von denselben nicht(s) benützen könne. Dies ist die Lage unserer Grenzen, unsers Vaterlands; es ist meine Pflicht, Ihnen zu sagen, wie ich sehe und wie ich überzeugt bin. Wir können uns durch uns selbst nicht retten, und wenn die Franken nicht mächtige Verstärkungen schicken, wenn sie nicht bessere Ordnung halten, wenn sie die Volksstimmung nicht besser schonen und Sicherheit für Eigenthum nicht besser handhaben, so wird unser Vaterland über kurzem der Schauplatz eines verheerenden innern

und äußeren Kriegs.' Zu empfehlen sei, dass sich das D. an die frz. Regierung wende, damit von dort aus für Schonung des armen, sich so willig zeigenden Volkes gesorgt werde . . .“

„12. Juni, Brugg. C. Herzog an C. Kuhn. 1. Ankunft um Mitternacht; Anhörung der Municipalität und des Unterstatthalters Frölich über die von frz. Truppen verübten Excesse . . . ,In Villigen wurde den Bewohnern alles Küche(n)geschirr, Lebensmittel und einige Schweine gewaltsamerweise geraubt, das Gras abgeschnitten und die Fruchtfelder verwüstet. Zu Riniken wurden mehrere Bürger auf das abscheulichste misshandelt und durch gewaltsame Requisitionen für Fuhrungen so mitgenommen, dass beinahe ihr sämtliches Vieh, so noch in der Gemeinde übrig bleibt, ruiniert ist und bereits drei Stück *verreckt* sind. In der Gemeinde Umikon seien alle Lebensmittel sowohl für Menschen als Vieh rein aufgezehrt und das Haus einer Witwe geplündert worden. Die Felder und Wiesen in der ganzen Kirchgemeind Windisch werden gänzlich ruinirt, die Bürger misshandelt und bedroht, ihre Häuser einzuäschern. Dem Fahrwirth zu Windisch wurde(n) Küche, Keller und Scheune erbrochen und beinahe ganz ausgeplündert. Dieses sind bestimmte Anzeigen, welche mir gemacht worden; überdies sind von allen umliegenden Gemeinden allerorten die bittersten Klägden zu hören; viele sind auf dem Punkt mit dem Rest ihrer Habseligkeiten auszuziehen und ihre Hütten zu verlassen. Ich habe alle diese . . . Excesse dem Divisionsgeneral Tareau zu Gemüthe geführt; er gab mir gute Wort(e) *und lachte in die Faust.* 2. Bedenklich für die Einwohner und kränkend für die Nation sei der Umstand, dass G. Tareau das hiesige (Korn-) Magazin, das für die helvetischen Truppen bestimmt sei, verschlossen habe und bewachen lasse; dieser Eingriff in das Eigenthum und die Souveränität der Nation müsse jeden redlichen Schweizer empören. Eine Aufforderung, das Magazin wieder freizugeben, habe T. mit Lachen abgewiesen und erklärt, er werde das nur auf Befehl des Obergenerals tun. Arme Leute, die auf eine Unterstützung gezählt, habe man mit leerer Hand heimschicken müssen. 3. Bitte um Nachricht an G. Massena, damit Abhülfe beschafft und namentlich das erwähnte Magazin wieder freigegeben werde. Eben komme noch ein GAdjutant mit der Anzeige, dass G. Tareau an einem Project zu besserer Organisation der Fouragirung arbeite, daß er mittheilen werde . . . 4. (PS.) Tareau lasse melden, er bedürfe 50—100 Säcke Haber oder Korn, wenn seine Cavalerie nicht zu Grunde gehen solle; er frage in anständiger Weise, und so lasse sich hoffen, dass

er die Wache aufhebe, wenn ihm entsprochen werde; man bitte um Weisung.“

„14. Juni, Hermetschwil (Aargau). Vonderflüh an das Direktorium. Ich habe die Ehre, Ihnen verschiedene Akten zu senden, welche zeigen, wie man uns behandelt, quält und missbraucht. Nachdem ich den Bericht des Bürgers Herzog über den bemühenden Zustand des von der Division Tareau besetzten Gebietes erhalten habe; nachdem ich die Plünderung konstatiert und gesehen, dass selbst ein Nationalgut vergewaltigt worden, wie das Magazin in Brugg, habe ich den Brief des Bürgers Herzog übersetzt und selbst an den General Massena geschrieben, der Bürger Kuhn hat den Brief gelesen und beigestimmt. Ich bedaure nur, dass ich keine Abschrift davon genommen, um sie Euch zu zeigen, damit Ihr selbst urteilen könntet, ob ich Sturm geläutet habe, wie Massena in der Antwort behauptet. Ich habe ihm freimütig die Wahrheit gesagt und dass, wenn die Ausschreitungen nicht aufhören, die französische Armee einen Feind im Innern zu bekämpfen hat, der um so gefährlicher ist, weil er zur Verzweiflung gebracht ist, das ist gewiss. Der Bürger Herzog und der Unterstatthalter von Brugg versichern, dass die Bauern auf dem Bötzberg schon mehrere Schüsse auf die Räuber geschossen haben. Die Geister sind erhitzt, das Elend und die Verzweiflung lassen einen Ausbruch befürchten. Es ist unmöglich, sich eine Vorstellung zu machen von der Grösse des Unglücks, das unsere armen Einwohner bedrückt, wenn man es nicht selbst gesehen hat. Jetzt sind wir ausgeraubt (cisalpinisé) in des Wortes strengster Bedeutung. Wenn man unsern Herd verteidigt, soll man ihn nicht ausplündern. Wenn man unsere Häuser verteidigt, soll man sie nicht zerstören. Wenn man unser Eigentum verteidigt, soll man es nicht stehlen. Wenn man unsere Mitbürger verteidigt, soll man sie nicht quälen. Wenn man unser Vaterland verteidigt, soll man es nicht zugrunde richten, zur Verzweiflung bringen, der Plünderung derjenigen preisgeben, welche sich rühmen, es zu beschützen. Das ist meine Ansicht, und es ist meine Pflicht, sie hier darzustellen. Ich würdige die Tapferkeit des Soldaten, aber verachte seine Zuchtlosigkeit und Raubsucht. Ich weiss, dass unser Land nur durch das gute Einverständnis unsrer Einwohner mit der französischen Armee gerettet werden kann; aber um zu diesem Einverständnis zu gelangen, sollte man unsere Mitbürger gegen diese unerhörten Ausschreitungen beschützen. Bürger Direktoren! Es ist sehr notwendig, einen Regierungskommissär in den Bezirk Brugg zu senden. Da die

Mission des Bürgers Herzog nicht lang sein kann, denke ich, dass niemand so nützlich sein könnte, wie er. Mir ist es unmöglich, mich länger vom Hauptquartier der französischen Armee zu entfernen.“

„18. Juni. Vonderflüh an das Direktorium. 1. Ich kenne kein Mittel, um den Ausschreitungen und Missbräuchen aller Art, welche überall begangen werden, zu widerstehen. Es scheint, dass nach den vielfältigen Reklamationen jeder Art, die sich täglich zehnfach wiederholen sowohl an einzelnen, als an Gemeinden, die Armeeverpflegung aufgehört hat, dass jeder Nahrungsmittel sucht, wo er sie findet. Der Chef der Verpflegung sagt mir wohl: Wir haben so und so viel hundert Zentner Mehl und Getreide unterwegs, der Augenblick erfordert Eure Hülfe, aber diese Sprache führt er seit zwei Monaten, und ich weiss jetzt, dass man nur denkt, sich an unsrer Ausbeutung zu bereichern. Ich habe die Ehre, Ihnen die Abschrift eines Requisitionsbefehls vorzulegen, und Ihr werdet erkennen und beurteilen, wie unser armes Volk den Ausschreitungen einer räuberischen Soldateska preisgegeben ist.“

„18. Juni, Hermetschwyl. C. Kuhn an das Directorium. „Sie erhielten von gestern nur einen Courier, weil Vonderflüe und ich uns nach Absendung desselben nach Brugg begeben hatten, von wo wir erst sehr spät zurückkamen. Wir konnten den dringenden Bitten der dortigen constituirten Autoritäten und der zahlreichen Deputationen, die von Seite der Gemeinden an uns abgeschickt worden waren, nicht länger ausweichen, sondern reisten auf Ort und Stelle, ungeacht wir von der Fruchtlosigkeit unsrer Bemühungen zum voraus überzeugt waren. Der Gegenstand unsrer Reise war zweifach. 1) Hatte der G. Tareau das uns zugehörige Magazin in Brugg in Beschlag genommen, Schildwachen davor aufführen lassen und uns dadurch wegen der Versorgung unsrer Truppen in die größte Verlegenheit gesetzt. Wir hatten dem Obergeneral darüber Vorstellungen gemacht, aber zwar gute Worte und Versicherungen, nicht aber die bestimmte Ordre erhalten können, die Schildwache zurückzuziehen, ungeacht wir ihm die Versicherung gegeben hatten, dass wir alles was in unserm Vermögen sei willig thun würden, um die fränkische Armee zu unterstützen, wenn man es in der gehörigen Form verlangen, nicht aber auf eine Art nehmen würde, die unser Volk empört. 2) Ist die Division des G. Tareau (!) diejenige die den armen Landmann am meisten mitnimmt. Er wird von derselben geplündert, geschändet, misshandelt. Die Pferde werden in Wiesen und Saaten getrieben; es wird ohne die geringste Ordnung fouragirt,

und zwar so dass in einem einzigen Bivouac von Cavallerie viele Fuder Heu verdorben und zu Grunde gerichtet worden sind. Die Verzweiflung und das Elend der Einwohner ist auf den höchsten Grad gestiegen. — Auf unsre Vorstellungen hin hatte der Obergeneral dem G. Tareau schon vor mehrern Tagen eine sehr scharfe Ordre mit der Bedrohung zugeschickt, dass er ihn absetzen würde, wenn er nicht bessere Ordnung halte. In Brugg vernahmen wir aber, dass das alles ohne Wirkung sei, dass der G. Tareau sogar noch am Morgen (vor?) unserer Ankunft auf die ihm durch den G. Paillard gemachte Anzeige, dass ein Dorf geplündert und mehrere Einwohner mit Säbelhieben misshandelt worden seien, nicht das Geringste vorgekehrt, sondern dieselbe mit der Aeusserung abgewiesen habe, man übertreibe alles. — Wir begaben uns zu Tareau und thaten ihm alle die Vorstellungen, die wir im Gefühl unsrer Pflicht zu machen uns schuldig glaubten. T. legte sich aufs Schreien und auf Ausflüchte. Wir erklärten ihm aber geradezu, dass wenn die Excesse, die unser armes Volk in Verzweiflung stürzten, nicht aufhörten, wir entschlossen seien, geradezu in Paris selbst gegen ihn zu klagen. Das, verbunden mit der Entschlossenheit die wir ihm zeigten, wirkte so viel dass er in Rücksicht des letztern Punktes Ordnung zu machen, in Rücksicht des erstern unsern Truppen die nötigen Lebensmittel aus dem Magazine verabfolgen zu lassen versprach.“

„21. Juni. Das Directorium an G. Massena. Nachricht über den Versuch von zwei Franzosen (Ricod, Tarbes), in Lausanne verdächtige Wechsel umzusetzen, wofür sie der Statthalter habe verhaften und vor Gericht ziehen lassen, und Beschwerde über den Platzcommandant Lambert, der die Freilassung der zwei Schwindler verfügt und die Procedur für ein frz. Gericht beansprucht habe...“

Der Aargauer Repräsentant Ackermann hielt den 20. Juli 1799 folgende Klagerede an die helvetische gesetzgebende Behörde:

„Ich war zu Hause und wollte den Steuereinnehmern einigermaßen an die Hand gehen, um ihnen die Güterschatzungen zu erleichtern; allein ich traf in den Districten von Brugg und Lenzburg solches Elend an, dass ich nicht wagen durfte, dafür zu sorgen, dass hier noch Abgaben eingezogen werden; denn wenn nicht in kurzer Zeit Unterstützung in diese Gegenden kommt, so steigt in denselben das Elend aufs äußerste. Alles Futter ist weg; das Vieh wird in die Wälder gejagt, um nicht vor Hunger umzukommen; die Gartengewächse sind völlig aufgezehrt; die Wiesen und Felder werden von den bivaquirenden Truppen und der Cavallerie gänzlich zu

Grunde gerichtet, und überhaupt sind diese Gegenden den scheußlichsten, unglaublichsten Misshandlungen ausgesetzt, und die fränkische Armee, statt das Volk zu unterstützen, bringt es in Jammer und Elend. Ich sagte dies selbst mehreren fränkischen Befehlshabern, und ich weiß, dass General Suchet einst bei einer solchen Klage sagte, unsere Regierung sei zu schwach und widersetze sich den Forderungen, die an sie geschehen, nicht hinlänglich. Dauert dies noch länger fort, so ist in vielen Gegenden an keine neue Ansaat der Felder zu denken, und wenn kein Futter geliefert wird, so wird die Frucht, die noch steht, als Futter von den Pferden verzehrt werden. Besonders aber bei Requisitionsfuhren geschehen die abscheulichsten Missbräuche; meist werden deren viermal so viel begehrt, als nöthig sind, und die Requisitionsfuhrleute erhalten keine Rationen, und wenn sie nicht oft durch Bettel sich erhalten könnten, so müßten sie selbst zu Grunde gehen, wie dies oft mit ihren Pferden der Fall ist. *In Schinznach wurden viele Kirschbäume umgehauen, damit die Soldaten die Kirschen desto bequemer essen könnten.* Will man hierüber Thatsachen sammeln, so ist dies besonders wegen des häufigen Hin- und Herziehens der Truppen unmöglich, weil man nie bestimmt weiß, durch welche Corps diese Verwüstungen angerichtet wurden. Ich begehre daher Niedersetzung einer Kommission, die eine Einladung an das Directorium zu entwerfen hätte, wodurch es aufgefordert würde, den hilfsbedürftigen Gegenden dieses schrecklichen Druckes wegen Erleichterung und einige Unterstützung zu verschaffen.“

So häuften sich die Klagen des Volkes gegen die Franzosen Tag für Tag, ohne dass die helvetische Regierung etwas ausrichtete gegen diese teuflische Raubwirtschaft. Was tat P. Ochs, der diesen Jammer verschuldet hatte, indem er das Offensivbündnis durchsetzte? Er war mit seinen politischen Freunden in Bern lustig, sang und spielte Klavier! Aber der 25. Juni 1799, nachdem Ochs kaum ein Jahr regiert hatte, machte seinem elenden Treiben *ein jähes Ende*. Den 18. Juni wurden die Oligarchen Barras und Reubel in Paris gestürzt. Sobald dies in Bern bekannt wurde, hielt Laharpe eine Sitzung des Direktoriums, ohne Ochs einzuladen. *Laharpe* eröffnete die Sitzung mit dem Bericht über den Sturz der Barras und Reubel und fuhr fort: „Es ist überflüssig, zu wiederholen, dass diese Elenden (*misérables*) in unserer Mitte einen Verräter hielten, der unsere Reden und geheimsten Beratungen ihnen mittheilte und unsere Massnahmen für das allgemeine Wohl zunichte machte. Dieser

Verräter ist der Bürger Ochs. *Er hat Schauenburg und Rapinat aufgefordert, unsere Nation mit der grössten Verachtung zu behandeln, aus Hass, dass die gesetzgebende Versammlung ihn nicht zuerst in das Direktorium gewählt hat.* Er hat, um Rapinat und Reubel den Hof zu machen und durch ihre Einmischung und unter dem Schutz französischer Bajonette zur helvetischen Diktatur zu gelangen, sich verpflichtet, den Offensivartikel in den Allianzvertrag zu setzen, er, welcher durch seine Prahlerei und seine Versprechen das französische Direktorium bewogen hat, uns seine Offensivbedingungen aufzuzwingen, welche heute das Unglück beider Republiken verursachen. Es ist der Bürger Ochs, welcher seine Kollegen als Feinde der französischen Republik denunziert hat, weil sie es wagten, ihre Entrüstung und ihren Schmerz über die Ausschreitungen Rapinats, Rouhières und ihrer Mitschuldigen auszusprechen. Ochs ist es, welcher durch seine sträflichen Intrigen den unglückseligen Vertrag zustande brachte, durch den die Nation sich verpflichten musste, 18,000 Mann Hülfsstruppen zu stellen. Einer unserer Minister (Emanuel Haller in Paris) hatte die hochherzige Kühnheit, uns vor den Treulosigkeiten zu warnen, die man vorbereitete. Der Bürger Ochs errötete nicht, ihn zu denunzieren, in der Hoffnung, ihn zu vernichten, wie das Protokoll vom 20. November bezeugt. Die Sachen sind jetzt auf einen Punkt gelangt, dass die Behörden die Regierung eines Verräters nicht mehr ertragen können, das gerechte Misstrauen ist die Folge, dem wir die Hindernisse zuschreiben müssen gegen die Unternehmungen des Direktoriums. Die Nation verachtet und verabscheut den Verräter, welcher sie entehrt und sie erniedrigen wollte. Beeilen wir uns, ihn aus unserem Schosse zu entfernen, damit wir nicht der gleichen Verachtung anheimfallen. Die Männer, die ihn früher geschirmt haben, sind beseitigt worden, verlieren wir keine Minute, um ihre Kreatur zu stürzen. Helvetien kann nicht gerettet werden, solange die Regierung im Innern kein Zutrauen geniesst, solange die Massnahmen zu seinem Wohl straflos verraten werden. Ich beantrage also: 1. dass das Protokoll vom 20. November aufgelegt und eröffnet werde; 2. dass der Bürger Ochs *sofort* demissioniert und seine Papiere unter Arrest gelegt und untersucht werden; 3. dass er, wenn er die Demission verweigerte, sofort in Anklagezustand versetzt werde und man sich seiner Person und seiner Papiere bemächtige.“

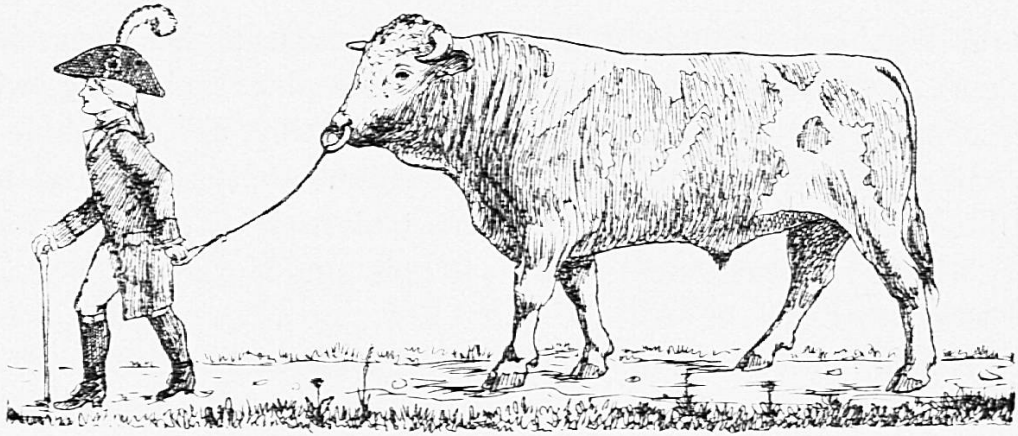
Diese Anklagen gegen Ochs waren wohl begründet und scharf die Anträge zur Bestrafung. Sie wurden angenommen. Einstimmig

wurde beschlossen: Ochs aufzufordern, seine Demission einzureichen wegen „zerrütteter“ Gesundheit. Im Falle der Weigerung würde er sofort in Anklagezustand versetzt; im Falle der Annahme soll er mit seinem Sohne nach Basel verreisen. Ochs soll innert einer *halben Stunde* sich entscheiden. Demissioniert er, so steht ein Wagen vor seiner Haustüre, und Ochs soll bis am Morgen 5 Uhr Bern verlassen.

Im Strafgesetzbuch war für Verrat Todesstrafe vorgesehen. Ochs unterzeichnete seine Demission und erklärte, er fahre nach Rolle.

Am nächsten Morgen wurde die Nachricht mit Jubel und Händeklatschen im Grossen Rat begrüsst, nur glaubte man nicht an seine „zerrüttete Gesundheit“, man sah ihn gestern abend im Senat lächelnd und geziert herumspazieren, und noch später am Abend hat er den Repräsentanten, die gewohnt waren, ihm den Hof zu machen, Lieder gesungen und Klavier gespielt. (Strickler 4, S. 863—68.)

Welch jämmerliches Ende! Dieser Ochs wagte es nicht, sich bei der Anklage auf Landesverrat vor dem Richter zu stellen, und aus dem Bern, das er durch seine Ränke in schweres Unglück gebracht, wurde er von seinen politischen Freunden und Parteigenossen fortgejagt, wie ein rüdiger Hund. Wahrscheinlich war es aber nicht nur sein massloser Ehrgeiz, der ihn auf diese schiefe Ebene getrieben! Erst nach einem Monat kehrte Ochs auf einem weiten Umweg nach Basel zurück, in Verachtung gesunken bei seinen Mitbürgern. Der Sturz Reubels hatte für Ochs noch andere Folgen. Solange Reubel in Paris am Ruder war, konnte P. Ochs hoffen, dass er den grössten Teil seines Vermögens, den er im Elsass angelegt hatte und der 1792 sequestriert worden war, zurück erhalte. Reubel wird ihm dies in Aussicht gestellt haben, wie vorher Dumouriez. Es ist begreiflich, dass es P. Ochs sehr daran gelegen war, sein grosses väterliches Vermögen wieder zu erlangen, und dass er in diesem Bestreben die Interessen des Vaterlandes seinem Eigennutz geopfert hat, wodurch er ein Werkzeug der französischen Regierung und an seinem Vaterland ein Verräter wurde. Reubel hat ihn an der Nase geführt mit Versprechungen, wie das französische Direktorium die zehn Kantone. Ständerat Birmann, der Biograph des P. Ochs, bestätigt, dass der *grösste Teil des Vermögens der Familie Ochs in den elsässischen Unternehmungen zugrunde gegangen*. (M. Birmann, P. Ochs, allgemeine deutsche Biographie 1886, S. 12.) Le der musste auch Basel spüren, dass der „Volkstribun“ Ochs seinen Einfluss verloren hatte. Solange er am Ruder war, hatte



Der Elsässer Reubel führt den Basler Ochs an der Nase.

Basel nichts von den Extraleistungen, französischen Kontributionen und „Zwangsdarleihen“ zu leiden. Aber zwei Monate nach dem Sturze seines Beschützers forderte die französische Regierung von Basel Fr. 1,400,000, obschon Basel seine französische Schuldforderung von 7 Millionen Franken schon verloren hatte. Dieses neue grosse Opfer Basels war auch eine mittelbare Folge des von Ochs betriebenen Offensivbündnisses, wodurch die Schweiz zum Kriegsschauplatz wurde. Obschon P. Ochs jetzt in Basel wohnte und daselbst noch das schönste Haus besass, in der Schätzung von Franken 90,000, und jeder Schuster und Perückenmacher einen Beitrag leisten musste, die Hochschule sogar Fr. 6000, bezahlte P. Ochs *keinen Rappen!* (Sammelband Geschichte III, Nr. 66 in der Stadtbibliothek Bern.)

Das Steuerzahlen wurde dem P. Ochs wahrscheinlich auf einen Wink Massénas mit Rücksicht auf seine „Verdienste“ erlassen. Sein grosses Vermögen hatte er im Unter-Elsass angelegt, so dass die Stadt Basel davon auch keine Steuern erhielt. Freilich hat P. Ochs dabei auch das Kapital verloren, wie es schon manchen andern vor Ochs und nach Ochs erging, der sich zu Hause der Steuerpflicht entzog.

In Bern ist P. Ochs immerhin noch gnädig davongekommen. Nach Strafgesetzbuch hätte er zum Tode verurteilt werden müssen. Die Herren Kollegen liessen ihn aber wie andere Schelme laufen, weil bei den Gerichtsverhandlungen auch ihre schmutzige Wäsche an die Sonne gehängt worden wäre. Jedermann würde aber erwarten, dass nach dem 25. Juni P. Ochs und Laharpe die erbittertesten Feinde geworden wären. Gar nicht! Sie hatten noch immer gemeinsame Interessen! Die Korrespondenz des P. Ochs enthielt Aktenstücke, welche Laharpe unangenehm werden konnten. Deshalb besuchte

Laharpe seinen Freund in Basel und bewirkte, dass dieser seine Korrespondenz und Bibliothek nach Petersburg verkaufte, wo sie der schweizerischen Geschichtsforschung unzugänglich ist. Ebenso schaffte Laharpe seine Papiere nach Frankreich und erteilte den Auftrag an die Testamentsexekutoren und ihre Nachkommen, sie zu hüten, so dass bis heute kein „Unberufener“ sie unter die Augen bekam. Wie vorsichtig! Trotz dieser Massregeln liegen die vollgültigen Beweise vor, dass Ochs und Laharpe Landesverräter im Dienste der französischen Regierung gewesen sind und beide nach Gesetz und Recht die Todesstrafe verdient hätten. Nur ein halbes Jahr nach P. Ochs ist auch Laharpe mit Schimpf und Schande aus der helvetischen Regierung ausgeschieden worden. Dieser Ränkeschmied sandte an die französische Regierung einen gefälschten Brief, durch den sein ehrlicher Landsmann, der Generalsekretär Mousson, ein Waadtländer, gesprengt werden sollte. *Den 7. Januar 1800* beging Laharpe einen *Staatsstreich*, indem er mit zwei andern Mitgliedern die Hülfe des französischen Kommandanten Müller gegen die andern Mitglieder anrief, weil von den gesetzgebenden Behörden dem Direktorium Planlosigkeit, Despotie und *gänzliche Unfähigkeit* vorgeworfen wurde, dreiviertel des Schweizervolkes im Elend, täglich wanderten durch Zürich 1800 Ostschweizer aus, um dem Hungertode zu entgehen. (Strickler, Bd. V, S. 519 und 526.) Laharpe wurde im Auftrag der Regierung in Lausanne polizeilich abgefasst, konnte aber auf der Reise nach Bern in Peterlingen entweichen und entfloh nach Frankreich. Als seine Auslieferung verlangt wurde, bediente man sich in Paris der Ausflucht, der gefälschte Brief Laharpes sei nicht offiziell gewesen. So wagte weder Laharpe noch P. Ochs, vor dem Richter zu erscheinen, sondern machten sich beide als Feiglinge aus dem Staube. Laharpe war übrigens schon lang ein Verräter, indem er dem General Brune vor dem Krieg die Zufahrtsstrassen nach Bern beschrieb und ihm die militärischen Hindernisse bezeichnete.

Die P. Ochs und C. Laharpe sind also die wirklichen Verräter, aktenmässig festgestellt, trotzdem sie ihre Korrespondenz unzugänglich gemacht haben. Ihr auf Lug und Trug aufgebautes Werk, die Helvetik, ist schon nach vier Jahren elend zugrunde gegangen, und es gibt keinen grösseren Irrtum, als die weit verbreitete Meinung, die gegenwärtige Eidgenossenschaft beruhe auf der Helvetik. Jahrhundertlang bestand die Eidgenossenschaft *ohne stehende Truppen*, während die helvetische Regierung sich auf die französische Armee stützen

musste und *keine Minute lang ohne fremde Hülfe sicher war*. Sobald die Franzosen aus dem Lande zogen, brauchte es wahrhaftig wenig Anstrengungen, die verhassteste aller Regierungen zu verjagen. Die Regierung entfloh aus Bern, obschon die *Angreifer kein Schiesspulver mehr hatten!* Nicht auf der Treulosigkeit der neuen Helvetik und ihrer Despotie, sondern auf den Jahrhunderte alten Fundamenten der alten Eidgenossenschaft: *alamannische Gemeindefreiheit* und *kantonale Organisation*, die durch die Mediationsakte wieder hergestellt wurden, steht die neue Eidgenossenschaft. Die gemeinsame Not aller Eidgenossen in der Franzosenzeit einigte die Herzen der Urschweizer und Berner und brachte sie zur Erkenntnis, dass die Erhaltung unserer Neutralität nur durch Einigkeit des ganzen Schweizervolkes und durch eine *schlagfertige Armee* gesichert wird. Kein Schweizer darf vergessen, dass jeder fremde Staat auf *seinen* Vorteil sieht und nichts verwerflicher und verächtlicher ist, als fremde Hülfe anzurufen! Eingekeilt zwischen vier Staaten, die sich bis aufs Messer bekämpfen, würde die Schweiz der europäische Kriegsschauplatz, der Wechselbalg der Grossmächte und eine menschenleere Einöde!

* * *

Die vorliegende Arbeit wurde veranlasst durch den gegenwärtigen grossen Krieg, durch die Klagen, welche bald nach der Mobilisation laut wurden über die neuen Lasten, durch die Reklamationen gegen unser Militärwesen und die Aufhetzungen gegen die Behörden. Wenn auch die Lage der neutralen Schweiz mitten zwischen vier sich bis aufs Messer bekriegenden Grossmächten keine rosige ist, so hat unser Volk doch kaum den hundertsten Teil der grossen Leiden zu ertragen, die fast ganz Europa belasten, in Trauer versetzen, den Wohlstand, ja das Dasein anderer kleiner Völker ruinieren. Wenn ich damit vergleiche, was unsere Grosseltern von 1798—1815 durch die helvetische Revolution, die napoleonischen Kriege und den Durchzug der Alliierten erlitten, erscheint mir unser Vaterland mitten im Weltsturm wie eine glückliche Insel. Die Unzufriedenheit und das Murren gewisser Volkskreise erklärt sich nur aus dem bald einhundertjährigen Frieden, den die Schweiz zu geniessen das Glück hatte, während unsere Nachbarvölker in diesem Zeitraum häufig von Kriegsstürmen heimgesucht wurden. Obschon seit 1798 kaum drei Generationen ins Grab gestiegen, herrscht beim gegenwärtigen Geschlecht über die Franzosenzeit die grösste Unwissenheit bei hoch und nieder. Auch der Geschichtsunterricht

hat bei den Erwachsenen kaum noch Spuren hinterlassen, weil die Helvetik nur oberflächlich behandelt oder mit schönen Farben überstrichen wird.

Wir haben es dem Bundesrat zu verdanken, dass er durch die Veröffentlichung der helvetischen Akten, welche im eidgenössischen Archiv 4000 Foliobände umfassen, Klarheit in die helvetische Periode gebracht hat, und Herrn Dr. Strickler, der in 25jähriger Arbeit mit eisernem Fleiss und grösster Sorgfalt das Werk durchgeführt hat. Seine 10 Foliobände sind ein Musterwerk unparteiischer historischer Darstellung. Aber nur wenige haben Zeit und Lust, sich in dieses Material zu vertiefen.

Obwohl diese 10 Bände es jedem ermöglichen, die *Wahrheit* über diesen Zeitabschnitt zu erfahren, werden sie wenig benützt, nicht nur weil dies ausserordentlich zeitraubend ist, sondern weil es noch heute persönlichen Mut erfordert, diese Geschichtsperiode in ihrer Wirklichkeit darzustellen und der Wahrheit die Ehre zu geben, wie es die Geschichtsschreibung erfordert, wenn sie für das Volk einen Wert und praktischen Nutzen haben soll. Es ist auch in der Geschichte manchmal eine undankbare Aufgabe, die Wahrheit zu sagen und das Kind beim rechten Namen zu nennen, weil die rücksichtslose Wahrheit vielen weh tut; aber wer es mit seiner Aufgabe ernst nimmt, soll Personen und Zustände schonungslos darstellen, auch auf die Gefahr hin, dass Parteien und Orte in ihrer Eigenliebe verletzt werden. Der Verfasser hat sich bestrebt, die Akten selber reden und Freunde und Gegner zum Worte kommen zu lassen. Das Aktenmaterial ist zwar noch unvollständig, gerade weil die Hauptführer der Revolution, Ochs und Laharpe, ihre Korrespondenz wohl aus Vorsicht ins Ausland geschafft und bis heute unserer Geschichtsforschung unzugänglich gemacht haben. Auch andere wichtige Aktenstücke sind leider verschwunden. Was aber „rechtzeitig“ verloren ging, würde offenbar das Bild der Helvetik noch trauriger gestalten. Schon jetzt sieht es weit schlimmer aus, als ich vor dem Aktenstudium geahnt hatte.

Mit vereinter Kraft ist es durch angestrengte Arbeit und Sparsamkeit eines Jahrhunderts dem Schweizervolk gelungen, sich aus Not und Elend wieder zu einem geordneten Wohlstand emporzurichten, und gleichzeitig haben unsere Bundesbehörden mit Wachsamkeit den Staat geleitet und ein eidgenössisches Heer geschaffen, das die bewaffnete Neutralität verwirklicht und bereit steht, den Schweizerboden anders zu verteidigen, als 1798!
